Donnerstag, 20. November 1924 · 72. Jahrgang Nr. 552

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Goldpfennig.

Chefredakteur: Otto Ruschke, Berlin-Steglitz

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Zufuhr in Fischen über Bedarf — **Preise wenig verändert, Butter gestiegen**

Kabeljau 0,45—0,70, Seelachs 0,30—0,45, Schellfisch 0,40—0,80, Rotbars 0,35 bis 0,50, Flundern 0,25—0,40, Dorsch 0,25—0,30, grüne Heringe 0,30—0,40, Matjesheringe 0,30—0,40; in Eis: Aale 1,50—2,00, Hechte 0,80—1,00, Karpfen 0,80—1,00, Zander 1,60—2,20, Bleie 0,60—0,80, Schleie 1,20—1,60; lebend: Aale 2,70—3,00, Karpfen 1,60—2,10, Hechte 1,30—1,80, Schleie 1,50—2,40; Butter 2,10—2,50 d. Pfd., Eier 0,15—0,22 d. St.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin

Eiweißbrot .... 0,50 Wasser ..... cbm 0,17
Milch ..... 0,32 Reichsbahnindex 122,4 Mitte.
Brikotts Keller Ztr 1,53 Straßenbahn ... 0,15
Gaskoks Keller Ztr 2,22 Hochbahn II. 0,25, III. 0,15
Strom o. Grundgeb. ... 0,16 Stadtbahn II. 0,25, III. 0,15
Gas ..... cbm 0,16 Omnib. Teil 0,15, g. Str. 0,20

Tel. 0,15, ausw. n. Zon. u. Zeit
Rohrpost k. 0,25, drin 0,40
Postk. 0,05, F. u. Oest. 0,05
Ausl. 0,20, Tschech. u. Ung. 0,15
Brief 0,05, Fern- u. Oest. 0,10
Ausl. 0,30, Tschech. u. Ung. 0,25
Telegr. d. Wort Berlin 0,075
Dtschl., Belg., Dän., Danz., Lit.,
Ndrl., Schweiz 0,15, Frankr. 0,16
Dtschöster., Norw., Tschech. 17
Ital. 19, Ungarn 21, Grossbrit. 27,
Russl. 35-41, Ver. Staat. 125-295

Das Kabinett Ramek konstituiert

Die Wahl im österreichischen Nationalrat — Sieben Christlichsoziale und zwei Großdeutsche

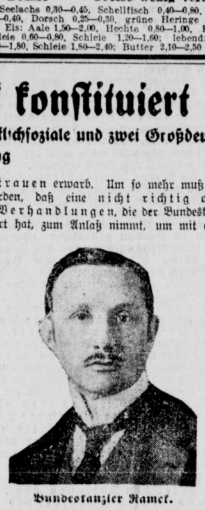
Heute Regierungserklärung

Wien, 20. November. (W. T. B.)

Der Nationalrat wählte die neue Regierung in namentlicher Abstimmung mit 91 gegen 60 Stimmen der Sozialdemokraten. Die Regierung setzt sich nunmehr folgendermaßen zusammen: Bundeskanzler Dr. Ramek, Vizekanzler Waber (Großdeutsch), soziale Verwaltung Dr. Resch, Finanzen Dr. Ahrer, Aeußeres Dr. Mataja. Dann kommen: Die bisherigen Minister Schneider, Buchinger, Schürff (Großdeutsch) und Baugoin, die ihre Ressorts behalten. Die neuen Regierung besteht also aus sieben Christlichsozialen und zwei Großdeutschen. Bei Verlesung des Namens des Heeresminister Baugoin ertönten auf den Bänken der Sozialisten minutenlange stürmische Pfuirufe. Die Christlich-Sozialen erwiderten mit lebhaftem Händeklatschen. (Abg. Seitz ruft: „Baugoin ist eine schwere Belastung. Abg. Sever ruft: „Der Regierung wird das unangenehm werden." Gegenrufe bei den christlich-Sozialen.) Die Sitzung wird hierauf zur Vereidigung der neuen Minister durch den Bundespräsidenten Hainisch auf 2½ Uhr vertagt. Die Tagesordnung lautet: Regierungerklärung Dr. Rameks und Debatte.

Salzburg, 19. November. (W. T. B.)

In der heutigen Sitzung des Landtags gedachte der Landeshauptmann des Rücktritts Dr. Seipels und erklärte: Unvergeßlich ist es, daß im Jahre 1922 Dr. Seipel den dem Abgrunde zustützenden Staatswagen mit starker Hand zurückriß, der Geldentwertung Einhalt gebot und unserem Staate im Auslande wiederum das so dringend notwendige Vertrauen erwarb. Um so mehr muß mit Bedauern festgestellt werden, daß eine nicht richtig orientierte Presse die Verhandlungen, die der Bundeskanzler mit den Ländern geführt hat, zum Anlaß nimmt, um mit einer unverständlichen Haltung gegen die Länder die Sache so darzustellen, als ob der Kanzler über den einstimmigen Widerstand föderalistischer Forderungen der Länder gestürzt wäre, obwohl dies mit der öffentlichen Erklärung des Bundeskanzlers im offenen Widerspruch steht.



Bundeskanzler Ramek.

Schnelldienst

Königin Elisabeth von Belgien ist in Paris eingetroffen.

Staatssekretär Dr. Trendelenburg ist gestern nachmittag wieder in Paris eingetroffen.

Das portugiesische Ministerium ist zurückgetreten, nachdem es im Parlament in der Minderheit geblieben war.

Nesmith hatte gestern vormittag eine Audienz bei König Fuad von Aegypten.

Der schwedische Staatsangehörige, Bankdirektor Marcus Wallenberg, hat das Amt des im Londoner Schlußprotokoll vorgesehenen neutralen Mitgliedes im Spezialkomitee für die Sachlieferungen angenommen.

Dem „Daily Telegraph" zufolge teilt die englische Admiralität mit, daß die Berichte über den baldigen Rücktritt des Ersten Seelords Beatty unbegründet seien.

Vaterlandsliebe und Völkerverständigung

Von

Regierungsrat **Else Lüders,**

demokratische Reichstagskandidatin für Berlin

Gegen keine Partei wird in diesem Wahlkampf von den Rechtsparteien so viel Gift und Haß verspritzt, wie gegen die Deutsche demokratische Partei. Vor allen Dingen sucht man ihr die Wähler fortzuscheuchen mit dem Vorwurf, ein „würdeloser Pazifismus" mache sich in ihren Reihen breit. Nun gibt es in der Tat unter den deutschen Pazifisten einzelne Persönlichkeiten, deren Wirken man als höchst unheilvoll bezeichnen muß. Aus verstiegenem Idealismus heraus haben sie dem Feinde die Waffen geliefert für die Lüge von der Alleinschuld Deutschlands am Kriege; sie führen angeblich einen Kampf für Gerechtigkeit und Freiheit, aber ihr Herz bleibt kalt gegenüber der Ungerechtigkeit und Unfreiheit, unter der Deutschland infolge des Diktates von Versailles zu leiden hat. Aber darf man eine große internationale Kulturbewegung — und das ist die Bewegung für Völkerverständigung namentlich in den letzten Jahren geworden — nach einzelnen Irrläufern beurteilen? Haben nicht gerade wir Frauen alle Ursache, die Bewegung der Völkerverständigung, die die Streitigkeiten unter den Völkern auf dem blutigen Wege der Schiedsgerichtsbarkeit anstatt auf dem grauenvollen Wege des Krieges beizulegen sucht, nicht zunächst einmal gründlich und vorurteilslos zu prüfen, anstatt uns von den Schlagworten der Rechten einschüchtern zu lassen? Gewiß bebt und zittert vielen von uns das Herz, wenn wir an all die Schmach und Ungerechtigkeit des sogenannten „Friedens" von Versailles denken. Aber bebt und zittert unser Herz nicht ebenso oder noch viel stärker, wenn wir an das Grauen des Krieges denken? In jeder Minute des Tages und der Nacht wurde unzähliges blühendes Leben dahingemordet oder grauenvoll verstümmelt, — und jede Tote, jeder Kriegsbeschädigte, war einer Mutter Sohn; um Tausende und Abertausende flossen die Tränen der Gattin, der Kinder, der Schwestern. Und dürfen wir Frauen je vergessen, was auch die gänzlich unbeteiligte Zivilbevölkerung gelitten hat? Grauenvoll war das Elend der Zivilbevölkerung in den Gebieten, in denen der Krieg sich austobte, grauenvoll war aber auch das Elend durch Hunger und Siechtum in den Gebieten, die weit ab vom Schusse lagen.

Der nächste Krieg würde an Entsetzen und Grauen noch alles überbieten, was wir 1914 bis 1918 erlebt haben. Darauf weisen die Pazifisten in eindringlichen Schriften über die verheerenden Wirkungen der Giftgase auf Heer und Zivilbevölkerung warnend hin, — und die Gegner des Pazifismus können nichts dagegen sagen, sondern müssen zugeben, daß ein neuer Krieg mit seinen Scheußlichkeiten da anfangen würde, wo der letzte Krieg aufgehört hat.

Deutschland ist infolge des verlorenen Krieges und des Vertrages von Versailles in einer unendlich schwierigen Lage. Kaum tragbare wirtschaftliche Lasten sind ihm auferlegt. Erst seit den Londoner Verhandlungen über das Dawes-Gutachten sehen wir einen leisen Hoffnungsschimmer. Die Erfüllung der Londoner Verträge legt dem deutschen Volke schwere Opfer auf, aber die Erfüllung bedeutet trotzdem den allmählichen Weg zur wirtschaftlichen Befreiung und zur Befreiung der besetzten Gebiete.

Aber mit der Wiedererlangung der wirtschaftlichen Freiheit allein sind die Ungerechtigkeiten des Diktates von Versailles nicht beseitigt. Nie dürfen wir vergessen, daß man kerndeutsche Städte (Danzig!!) uns entrissen hat, daß man weite Gebiete unter Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, entgegen den klaren Abstimmungsergebnissen von Deutschland getrennt hat, daß man unsere Kolonien gestohlen hat. Wir kommen wir zur Wiedergutmachung dieser Unrechts von Versailles? „Heimlich rüsten zum Revanchekrieg", so denken sich die Rechtsparteien die Lösung dieser Frage; „in allen Ländern Stärkung der Demokratie, damit wir einst auf dem Wege der Völkerverständigung Gerechtigkeit auch für Deutschland erlangen", das ist die Antwort der Deutschen demokratischen Partei. Der Weg, den die Rechtsparteien zeigen, ist ein Weg des Wahnsinns, der zum Selbstmord Deutschlands führen würde. Der andere Weg ist hart, schwer und wird viel länger, geduldiger, zäher Arbeit bedürfen. Aber es ist der einzige Weg, der uns aus dem Dunkel der Gegenwart in eine lichtere Zukunft führen kann. Zugleich steht dieser Weg der Vernunft in Uebereinstimmung mit den höchsten Lehren aller Religionen. „Du sollst nicht töten" gebot

Das Bomben- und Revolverattentat

gegen den Sirdar der ägyptischen Armee in Kairo

Kairo, 19. November. (W. T. B.)

Auf den Sirdar der ägyptischen Armee, General Sir Lee Stack, wurde heute, als er das Kriegsministerium verließ, ein Attentat verübt. Sir Lee Stack wurde schwer verwundet. Die Attentäter sind entkommen.

*

Zu dem Attentat wird weiter gemeldet, daß die Attentäter erst eine Bombe warfen, die nicht explodierte, und dann mehrere Revolverschüsse abgaben, die Sir Lee Stack, seinen Adjutanten, Chauffeur und einen Polizisten verwundeten. Sir Lee Stack ist in das Hospital eingeliefert worden. Die Attentäter werden auf zwei bis drei Personen geschätzt. Zaglul Pascha, die Minister und eine Deputation der Kammer sprachen bei der Botschaft vor und drückten ihr Abscheu und ihr Bedauern über die Bluttat aus.

Das Befinden des Sirdars hat sich etwas gebessert, ist aber noch sehr ernst.

Scharfe Londoner Kommentare

London, 20. November. (W. T. B.)

In einem Leitartikel der „Times" heißt es, daß in Kairo begangene Verbrechen sei zweifellos ein politisches. Weder die Regierung noch die Volksvertretung Aegyptens noch Zaglul Pascha selbst könnten von der moralischen Verantwortung dafür freigesprochen werden. Eine sofortige energische Aktion sei notwendig. Im „Daily Expreß" wird gesagt die Deklaration vom Jahre 1922 müßte sofort aufgehoben werden, England müsse seine Aktionsfreiheit wieder erhalten, der Traum von einem unabhängigen Aegypten sei vorbei.

Zu dem Attentat schreibt die „Daily News", der Ernst der Lage, die es schaffe, sei klar. Es sei unmöglich, den Anschlag vorläufig anders auszulegen, denn als einen Versuch der ägyptischen Extremisten, Rache zu nehmen für die Weigerung Englands, eine ägyptische Besetzung des Sudans zu gestatten. Der „Daily Telegraph" sieht den Anschlag als ein Zeichen der Unfähigkeit des bestehenden Regimes in Aegypten an, mit den Extremisten fertig zu werden. Der verfluchte Mord sei das indirekte Ergebnis der Haltung des Kabinetts seit der Rückkehr Zaglul Paschas, der der Verantwortung dafür nicht ganz entgehen könne. **Sollte Sir Lee Stack seinen Verletzungen erliegen, so werde die Lage ernst werden.** Dieser Zwischenfall habe vollauf jeden Protest gerechtfertigt, der gegen das Zugeständnis irgendwelcher Vollmachten an Aegypten erhoben worden sei. Jetzt sei nicht der Augenblick für Schwäche auf seiten Englands. Die „Daily Mail" berichtet, daß sich das Kabinett gestern mit der Lage in Aegypten und mit der zukünftigen ägyptischen Politik befaßte. **In gutunterrichteten Kreisen sei erklärt worden, die Regierung beabsichtige energisch zu verfahren, wenn notwendig, würden vielleicht Personalveränderungen zur Durchführung dieser Politik vorgenommen werden.**

Ungarn wieder auf dem Möbelmarkt. Infolge der Freigabe des ungarischen Möbelexports haben die ungarischen Möbelfabrikfen große Bestellungen aus dem Auslande, hauptsächlich aus Frankreich, der Schweiz, England und der Türkei erhalten. Da aus der Zeit des Ausfuhrverbots sich große Mengen von Möbeln angehäuft haben, konnte mit dem Lieferungsverfahren sofort begonnen werden.

Frankreich stimmt zu

Das englische Vertagungsersuchen

Paris, 20. November.

(Meldung der Funkstation Rudolf Mosse-Haus)

Die französische Regierung, die schon vorher freundschaftlich benachrichtigt worden war, hat dem Wunsch der englischen Regierung auf Absetzung des Genfer Protokolls und der Abrüstungskonferenz vom Programm der nächsten Tagung des Völkerbundsrates zugestimmt.

Zum englischen Vertagungsersuchen schreibt der „Excelsior": Das friedliche Frankreich will seine Sicherheit und die der kleinen Staaten, deren Unabhängigkeit es garantiert, geschützt sehen. Welche Mittel man dafür wählt, ist von geringerer Bedeutung, wenn sie nur wirksam sind. Inzwischen wird Frankreich seine Kräfte für alle Eventualitäten bereit halten.

Der „Homme Libre" glaubt, daß die Vertagung eine bessere Vorbereitung der Abrüstungskonferenz gestatten, und daß die Beteiligung der Vereinigten Staaten dadurch aktiver werden wird.

Zunächst kein französischer Botschafter in Angora

Paris, 20. November.

(Meldung der Funkstation Rudolf Mosse-Haus.)

Der „Aveni r" sagt, die Ernennung eines französischen Botschafters in Angora komme gegenwärtig nicht in Frage; General Mougin werde Frankreich in Angora weiter vertreten.

Jaurès' Ueberführung ins Pantheon

Das Programm für die Feierlichkeiten

Paris, 20. November. (W. T. B.)

Für die Feierlichkeiten zur Ueberführung der Leiche von Jaurès nach dem Pantheon ist folgendes Programm festgesetzt worden: Am Freitag, 21. d. M., wird die Leiche von Alby nach Paris übergeführt. Dort wird sie vom Freitag ab im Saal Mirabeau im Palais Bourbon aufgebahrt. Die Wache halten Parlamentarier, unterstützt von Mitgliedern der Familie und Freunden des ehemaligen Abgeordneten. Am Sonntag, 23. November, vormittags, wird der Sarg unter dem Säulengang des Palais Bourbon niedergestellt, um es dem Publikum zu ermöglichen, bis zum Mittag an ihm vorbei zu defilieren. Um 12 Uhr setzt sich der feierliche Zug vom Kammergebäude über die Place de la Concorde nach dem Pantheon in Bewegung. Der Leiche werden bei der Ueberführung aus dem Kammergebäude und beim Eintritt in das Pantheon militärische Ehren erwiesen.

Die Verhandlungen über eine Erhöhung der Beamtengehälter haben heute vormittag im Reichsfinanzministerium begonnen. Zunächst findet eine Aussprache zwischen den beteiligten Ressorts und den Vertretern der Länder statt. Heute nachmittag um 4 Uhr werden dann die Besprechungen mit den Vertretern der Beamtenorganisationen beginnen.

Jugoslawisches Silbergeld. Der jugoslawische Ministerrat beschloß, Silbergeld im Gesamtbetrage von 200 Millionen Dinar prägen zu lassen, und zwar in Stücken zu ½, 1 und 2 Dinar.